

Von Wohnungen und Waffen oder

Die geköpftete Architektur

Zeitfenster 1934-1945

In den 1980er Jahren, als die Medien erstmals die Beteiligung Österreichs an den Gräueln der NS-Zeit diskutierten, veröffentlichte der kürzlich verstorbene Dichter und Doyen der heimischen Baukunstforschung, Friedrich Achleitner, einige Artikel, in denen er der Frage nachging, ob es eine „austrofaschistische Architektur“ gegeben habe. Hierauf eine gültige Antwort zu finden sei schwierig und im Grunde „ein hoffnungsloses Unterfangen“. Denn die faschistischen Ideologien haben es in Österreich genauso wenig wie in Deutschland oder Italien zu eigenständigen architektonischen Programmen gebracht. Vielmehr bestanden diese aus der „Kombination architektonischer Vokabeln und Phrasen“, die jeweils unterschiedlich gebraucht wurden und in sich oft widersprüchlich waren. In Österreich verlief die Entwicklung sogar besonders kompliziert, weil hier – entsprechend der geographischen Lage zwischen Italien und Deutschland – oft eine Art Zwischenstellung eingenommen wurde. Dies führte zu baulichen „Mischformen“ und irritierenden „Kompromissen“, deren architektonische Folgen oft nur schwer verständlich waren. Erschwerend kam hinzu, dass die Forschung in den 1980er Jahren noch völlig unzureichend war, eine Klärung jener komplexen Verhältnisse also ausbleiben musste. Alles, was man aktuell machen könne, so Achleitners Resümee 1981, sei „Vermutungen“ anstellen, „Bemerkungen“ machen und allenfalls ein paar „Fragen“ formulieren.

In der Zwischenzeit hat sich die Forschungslage deutlich gebessert. Als Ergebnis instruktiver Ausstellungen über die Architektur der NS-Zeit¹ und dank profunder Studien zur Bautätigkeit im Ständestaat² sind wir über den architekturgeschichtlichen Sachverhalt im behandelten Zeitraum mittlerweile relativ gut informiert. Auffallend an der rezenten Forschung ist v.a. die verstärkte Beschäftigung mit dem Siedlungs- und Wohnungsbau. Insbesondere galt es dabei zu klären, welchen Stellenwert dieses Thema zwischen 1934 und 1945 in Wien hatte, d.h. wie die autoritären Regime mit jenem einstigen Kernbereich der Politik des Roten Wien umgingen.

¹ Architekturzentrum Wien (Hg.), „Wien. Die Perle des Reiches“. Planen für Hitler, Ausstellung AzW Wien 19.3.2015 bis 17.8.2015, Zürich: Park Books 2015; Ingeburg Weinberger, NS-Siedlungen in Wien. Projekte, Realisierungen, Ideologietransfer (Wiener Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 7), Wien/Berlin: LIT-Verlag 2015.

² Insbesondere Andreas Suttner, Das Schwarze Wien. Bautätigkeit im Ständestaat 1934–1938, Wien/Köln/Weimar: Böhlau 2017.

Dass das umfassende Wohnbauprogramm der Wiener Sozialdemokraten insbesondere der Dollfuß-Diktatur ein Dorn im Auge war, ist vielfach belegt. Das war auch der Grund, warum es im österreichischen Bürgerkrieg ganz im Zentrum des politischen Handelns stand. Tatsächlich galt der Einsatz schwerer Artillerie durch das Bundesheer im Februar 1934 nicht nur den politischen Gegnern – also den Menschen –, sondern auch und zunächst den Häusern, in denen die Menschen lebten. Diese Gebäude, so das politische Kalkül, galt es zu demolieren, weil sie unübersehbar für die gesellschaftliche und baukünstlerische Kraft der Wiener Sozialdemokratie standen. Noch heute verstören die zahlreich erhaltenen Fotos, die die Einschusslöcher in den Häuserfronten oder das geborstene Mobiliar der Wohnungen zeigen, und immer noch lässt sich an diesen Aufnahmen die Aggression ermessen, die dem Roten Wien in den blutigen Februartagen entgegenschlug.



Abb. 1. Zerstörte Wohnungen (Februarkämpfe 1934)

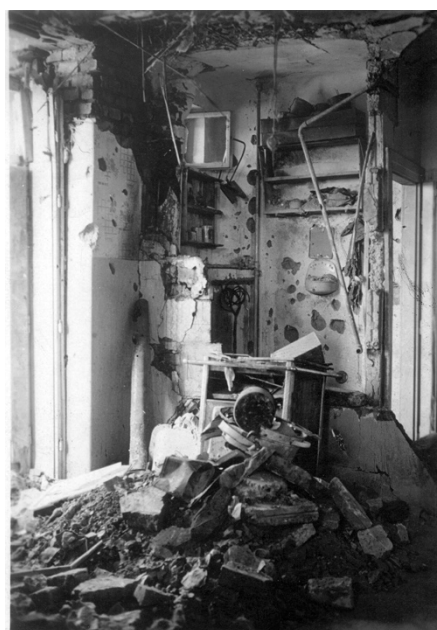


Abb. 2. Zerstörte Wohnungen

Doch was folgte danach? Wohnraum zu zerstören war kein sinnvolles politisches Programm. Umso weniger, als für die Protagonisten des Dollfuß-Regimes und namentlich für den neu eingesetzten ehemals christlich-sozialen, nun autoritären Wiener Bürgermeister Richard Schmitz das Problem der Wohnungsnot ja natürlich ebenfalls bestand und in irgendeiner Weise gelöst werden sollte. Das international angesehene sozialdemokratische Wohnbauprogramm einfach fortzusetzen, ging aus politisch-ideologischen Gründen aber auch nicht. In dieser Situation, die deutlich machte, dass der Ständestaat enorme Schwierigkeiten hatte, eine Antwort auf das erfolgreiche Wiener Wohnungsbauprogramm zu finden, ging man zunächst daran, einige der bekanntesten Höfe kurzerhand umzubenennen. Aus dem Karl-Marx-Hof z.B. wurde der Heiligenstädter-Hof, aus dem Giacomo Matteotti-Hof, der seinen Namen in Erinnerung an einen Gegner Mussolinis trug, wurde der Giulio-Giordani-Hof, benannt nach einem 1921 ermordeten Faschisten. Bei diesen Umbenennungen, so marginal ihre Wirkung auch scheinen mochte, handelte es sich freilich um mehr als politische Kosmetik. Denn in

Wahrheit zielten sie darauf ab, am kollektiven Gedächtnis der Stadt zu rütteln und zumindest sprachlich die Erinnerung an die jüngste Geschichte Wiens zu tilgen.

Dramatischer freilich waren die nächsten Schritte, die das Regime setzte, weil sie das Leben der Wiener ganz unmittelbar betrafen. Dazu zählte u.a. die Erhöhung der Mietzinse in den Gemeindebauten um durchschnittlich 70 %, sowie die Einhebung von Abgaben u.a. auf Trinkwasser. Beides Bestimmungen, bei denen es sich um eine, wie es Andreas Suttner lapidar formulierte, „Umverteilung auf Kosten der ärmeren Bevölkerungsschichten“ handelte. Zu diesen und ähnlichen Maßnahmen, die insgesamt darauf gerichtet waren, die Errungenschaften des Roten Wien zu Fall zu bringen und durch eine Art „Gegenreformation“ (Wolfgang Maderthaler) zu ersetzen, zählte auch die im Mai 1934 getroffene Entscheidung, Wien zur Autostadt umzuformen. Als Teil eines propagandistisch verwerteten Arbeitsbeschaffungsprogramms wurden die Höhen- und die Wientalstraße gebaut; v.a. aber begann man mit der Umgestaltung bzw. dem Abriss von, wie es hieß, „verkehrsbehindernden Wohnbauten“. Unter Missachtung sämtlicher denkmalpflegerischer Grundsätze – für die einst hochangesehene staatliche Denkmalpflege brach 1934, so die Kunsthistorikerin Eva Frodl-Kraft, „die Zeit der größten Erniedrigung an“ – wurden u.a. weite Teile des Wiedener Freihausareals abgetragen und durch Neubauten ersetzt. Das immer noch drängende Problem der Wohnungsnot suchte man durch die Schaffung so genannter „Familienasyle“ zu lösen. Bei diesen handelte es sich jedoch, wie Kritiker bemängelten, um billige Massenquartiere, die qualitativ bei weitem nicht an die im Roten Wien üblichen Standards heranreichten. Größere Wohnhausanlagen hat man zwar gebaut (wenn auch nur in sehr geringer Zahl), doch gerade dort wurde die wohnbaupolitische Hilflosigkeit des Ständestaats besonders deutlich. Denn in Ermangelung eines eigenen schlüssigen Wohnbaukonzepts griff man sowohl bautypologisch als auch ikonographisch dann letztlich doch auf jene Ideen zurück, die in den 1920ern entwickelt worden waren und eine eindeutig sozialdemokratische Handschrift trugen. Genau wie in anderen Bereichen auch – ein Beispiel wären die pompösen Sportveranstaltungen des Ständestaats, deren inszenierte Massenästhetik man von der Sozialdemokratie einfach kopiert hatte – lässt sich an den nach 1934 errichteten Wohnbauten somit eine deutliche Anlehnung an die Baukunst des Roten Wien erkennen.

Stellte die ständestaatliche Wohnbaupolitik also v.a. in puncto Innovation und Kreativität an sich schon einen Tiefpunkt der österreichischen Baugeschichte dar, so wurde dieser in der NS-Zeit noch einmal unterboten. Mit dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich waren zunächst große Hoffnungen auf einen wirtschaftlichen Aufschwung und auf ein Ende der Wohnungsnot verknüpft. In den letzten Monaten vor dem Krieg wurde allein in Wien der Bedarf auf rund 130 000 Wohneinheiten geschätzt, hinzu kamen rund 150 000 Wohnungen, die als abbruchreif galten. Das von den Nazis gegebene Versprechen auf eine Verbesserung der Situation entpuppte sich freilich als dreiste Lüge. War 1938 noch vollmundig von „Groß-Wien“ sowie von „Sonder-“ und „Sofortwohnbauprogrammen“ die Rede, so stellte sich die Lage schon bald ganz anders dar. Die Architekturstadthistorikerin Ingeburg Weinberger erläutert hierzu: „Bereits im Dezember 1938 stellte Generalfeldmarschall Hermann Göring klar, dass der zivile Wohnungsbau nach Rüstungs-, Wehrmachts- und anderen Bauvorhaben an letzter Stelle der nationalsozialistischen Ziele stehen.“ Mit Kriegsbeginn kam der

Wohnbau dann fast gänzlich zum Stillstand, und 1940 schließlich folgte ein „Erlass des Führers“, demzufolge Wohnungen überhaupt erst wieder nach dem Krieg errichtet werden durften. Die dafür benötigten Mittel, so stellte man klar, würden anderweitig, nämlich zur Kriegsführung benötigt.

All das erklärt die insgesamt sehr „kümmerliche Bautätigkeit“ (Helmut Weihsmann) im nationalsozialistischen Wien. Insgesamt wurden nicht mehr als 3000 Wohnungen errichtet, was in einem eklatanten Widerspruch zu den völlig utopischen Planungen stand, die etwa allein für den Laaerberg 10 000 Wohneinheiten vorgesehen hatten. Die „Wienstadt Nord“, die sich von Jedlesee bis nach Aspern erstrecken hätte sollen, war als Siedlungsgebiet für 140 000 Bewohner konzipiert, in seinem südlich gelegenen Pendant, dem Stadterweiterungsprojekt „Wien-Süd“, sollten 80 000 Menschen ein neues Heim finden. Realisiert wurde davon jedoch so gut wie nichts, kaum etwas kam über den Status der Planungen hinaus. Und wenn bisweilen doch gebaut wurde, dann handelte es sich oft um Stückwerk. Die „Siedlung Wienerfeld-Ost“ (XI.) etwa, die man mit ihren 30 Häusern (426 Wohnungen) als moderne nationalsozialistische Gartenstadt gepriesen hatte, wurde zwar begonnen, aber bezeichnenderweise erst nach dem Krieg vollendet.

Innerstädtisch sah die Lage nicht besser aus, auch dort wurde viel geplant und wenig gebaut. An den sog. „Volkswohnungen“ zeigt sich allerdings ein Phänomen, das bereits im Ständestaat zu beobachten war, nämlich die schleichende Übernahme von Ideen und Wohnkonzepten aus dem Roten Wien. Dies hat seinen Grund



Hauslabgasse 24

allerdings auch in der Tatsache, dass einige Architekten, die für die Sozialdemokraten gewirkt hatten, später auch in den Diktaturen tätig waren. Karl Ehn beispielsweise, der Architekt des Karl-Marx-Hofs, baute auch unter Dollfuß (etwa ein Familienasyl) und errichtete in der NS-Zeit die zwei erst kürzlich renovierten Wohnhäuser am Klieberpark (V.). Insbesondere das Haus Hauslabgasse 24 zeigt in seiner betonten Plastizität deutliche Anklänge an Ehns früheres Schaffen, auch

wenn er hier zeitbedingt zu einer „Haltung von kühler Strenge, ja fast nihilistischen Zucht“ (Helmut Weihsmann) fand.

Karl Ehn war nicht der einzige Architekt des Roten Wien, der sich mit den neuen Machthabern zu arrangieren wusste. Dasselbe galt u.a. auch für Franz Musil oder Franz Schuster. Für den überwiegenden Anteil der rund 200 Architekten jedoch, die in der Ersten Republik in Wien gebaut und mitgeholfen hatten, die Stadt zu einem Musterbeispiel des modernen Wohnbaus zu machen, bedeuteten die Jahre von 1934 bis 1945 eine Zeit des Schreckens und der Trauer. Rund 20 % der im Wien der 1920er Jahre tätigen Baukünstler wurden in die Emigration oder in den Tod getrieben. Vom persönlichen Leid abgesehen stellte dies für die weitere Entwicklung der Wiener Architektur eine Katastrophe dar, von der sich die Stadt jahrzehntelang nicht erholen

konnte. Friedrich Achleitner hatte Recht, als er mit Blick auf die dunklen Jahre Wiens von der „geköpften Architektur“ sprach.

Bild Credits:

Abbildung 1: © VGA – Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, Wien

Abbildung 2: © VGA – Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, Wien

Abbildung 3: © Stadt Wien – Wiener Wohnen